



Griechenland im September 2013 Ein politischer Reisebericht



Vorwort

In den Wochen nach unserem Besuch haben sich die politischen Widersprüche in Griechenland weiter zugespitzt. Wir wollen deshalb die Erfahrungen, die wir Ende September 2013 in Athen und Thessaloniki gemacht haben, auch noch mal in gedruckter Form veröffentlichen. Unsere GesprächspartnerInnen hatten damals auf ihre Befürchtung hingewiesen, dass die Verhaftung einiger Führungsfiguren der faschistischen Goldenen Morgenröte nur der Auftakt verschärfter Repressionen sei, die sich in erster Linie gegen den Widerstand und die griechische Linke richten wird. Die Befürchtung ist schnell zur Realität geworden.

Die Regierung versucht mit der Theorie der „zwei Extreme“ sich als Garant von Recht, Ordnung und Sicherheit zu profilieren. Der Ministerpräsident Samaras, der eine lupenreine rechtsradikale Vergangenheit aufweisen kann, will so die zur Morgenröte abgewanderten Wähler für die Nea Demokratia zurückgewinnen. Die Chancen dafür stehen schlecht, denn die Folgen der Troika-Diktate, die auch weiterhin von seiner Regierung vollstreckt werden, haben den Aufstieg der griechischen Faschisten erst ermöglicht und fördern ihn weiter.

Um der beständigen Unruhe Herr zu werden, hat die Regierung ihre Repression verschärft. *„Während die Anti-Minen-Bewegung zu einer Massenbewegung wird, hat die Regierung eine brutale Kampagne der Kriminalisierung und Diffamierung begonnen. Sie droht denjenigen mit langen Gefängnisstrafen, die sich gegen die Mine aussprechen und handeln. Mit ihrer Theorie von den ‚beiden Extremen‘ versucht die griechische Regierung, die Volksbewegung, die die neoliberale Plünderung und Zerstörung bekämpft, mit den Nazi-Verbrechern der Goldenen Morgenröte gleichzusetzen, die bis vor kurzem vom Staat geschützt wurden.“* (aus einer Erklärung der Protestbewegung in Chalkidiki) Am 24. Oktober *„haben Beamte des Rauschgiftdezernats, begleitet von Angestellten des nationalen Pharmazieverbandes und in Gegenwart eines Untersuchungsrichters, in unserer Zentrale eine Untersuchung durchgeführt, nach einer anonymen Anzeige wegen angeblichen illegalen Drogenhandels.“* (Erklärung Ärzte der Welt nach Durchsuchung des Gesundheitszentrums Elleniko)

Die Darstellung der sozialen und humanitären Verhältnisse in Griechenland widerlegt die Propaganda vom beginnenden Aufschwung. Am 7. November ließ die Regierung das von RedakteurInnen und TechnikerInnen besetzte ERT-Gebäude räumen. Eine freie und kritische Berichterstattung über die Folgen der Austeritätspolitik soll es nicht mehr geben. Die Schließung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt im Juni 2013 war ein bisher einmaliger Akt in der griechischen und europäischen Geschichte. Er wurde zunächst als Ministerialerlass verkündet. Spätestens bis zum 18. Oktober hätte dieser Erlass durch das Parlament legitimiert werden müssen. Die ERT-MitarbeiterInnen hielten sich also zu Recht im Sendegebäude auf. Doch ihre juristischen Klagen hatten bis heute vor keinem griechischen Gericht Erfolg. Die Justiz ist zu einem Instrument der Herrschenden geworden. Sie segnet die Entscheidungen ab, die die Regierung im Auftrag der Troika getroffen hat. Diese Entscheidungen demontierten nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, sie beseitigten auch wichtige Bestandteile der griechischen Verfassung und der parlamentarischen Regeln.

Darüber wird in unseren Medien kaum berichtet. Diesem mächtigen Gegner, der Troika, kann sich die griechische Bevölkerung nur erfolgreich widersetzen, wenn sie Solidarität aus anderen europäischen Ländern erhält. Wir wollen dazu beitragen, diese Solidarität zu entwickeln und zu fördern. Der Widerstand in Griechenland benötigt neben der politischen Unterstützung auch finanzielle Hilfe.

Spenden auf das Solidaritätskonto: Manfred Klingele-Pape, Kto-Nr. 12 11 47 89 10, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Stichwort: Griechenland-Soli

(Wer ein bestimmtes Projekt unterstützen will, sollte das in der Überweisung angeben.)